

Ein guter Start ins Leben

Frühe Kindheit – Familie und Gesellschaft in gemeinsamer Verantwortung

Kongress am 30.5.2006 in Berlin

Anspruch jedes Kindes auf bestmögliche Förderung seiner Gesundheit

Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig sein will, ist auf eine gesunde Entwicklung ihrer Kinder dringend angewiesen. Bestmögliche Förderung der Gesundheit von Anfang an gehört zu den Grundrechten aller Kinder. Entsprechend der von Deutschland ratifizierten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen erkennen die Vertragsstaaten das Recht jedes Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit an (Artikel 24, Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention).

Nach dem Verständnis der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Gesundheit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit wird definiert als ein Zustand vollständigen körperlichen, seelischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Wie anfällig Kinder für Beeinträchtigungen der Gesundheit sind, richtet sich nach dem Verhältnis zwischen Belastungsfaktoren und Schutzfaktoren, also den körperlichen, psychischen und sozialen Ressourcen. Sind diese Ressourcen unzureichend, dann kann ein Kind den Anforderungen der inneren und der äußeren Realität nicht gerecht werden. Gesundheitsstörungen und Krankheiten sind die Folge.

Für das Wohl des Kindes sind in erster Linie die Eltern verantwortlich. Aufgrund seiner natürlichen Bindungsbedürfnisse ist insbesondere das Kleinkind auf ihre Unterstützung angewiesen. In den meisten Fällen wissen die Eltern am besten, was ihr Kind braucht, und erkennen in der Regel zuverlässig, wenn es ihrem Kind nicht gut geht und fachkundige Hilfe erforderlich ist. Für eine gute Entwicklung ihres Kindes und im Falle gesundheitlicher Gefährdungen sind Eltern ihrerseits darauf angewiesen, dass geeignete Hilfen entsprechend dem aktuellen Stand der Wissenschaft in ausreichendem Umfang und in guter Qualität vorhanden sind und dass sie diese Angebote kennen. Für die frühe Kindheit gilt dies in besonderer Weise, da Säuglinge und Kleinkinder Gefährdungen gegenüber sehr empfindlich sind, Eltern besonders unsicher, andererseits aber auch offen für Unterstützung.

Gesundheit ist in die Gesamtheit der Lebensumstände eingebettet. Zu den Faktoren, die das Verhältnis von Gesundheit zu Krankheit bestimmen, gehören die Einflüsse der natürlichen und sozialen Umwelt. Gesundheit und Krankheit sind sozial (mit-)beeinflusst und unterliegen insofern der gesellschaftlichen und politischen Einflussnahme. Es ist Aufgabe der Gesell-

schaft, hier ausgleichend zu wirken und allen Kindern die gleichen Chancen für eine bestmögliche Förderung ihrer Gesundheit und ihrer Entwicklung zu gewährleisten.

Soziale Benachteiligung, mangelnde Ressourcen und Überforderung können dazu führen, dass ein Teil der Eltern nicht in der Lage ist, ihre Kinder bestmöglich zu fördern und sie vor gesundheitlichen Gefährdungen ausreichend zu schützen. Diese Kinder und Familien haben Anspruch auf geeignete Hilfen und Unterstützung durch Angebote der Jugendhilfe, der Familienbildung und des Gesundheitswesens. Sofern Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, diese Hilfen anzunehmen, muss die staatliche Gemeinschaft ihr Wächteramt und ihren Schutzauftrag wahrnehmen und an Stelle der Eltern den betroffenen Kindern die notwendigen Hilfen zukommen lassen.

Ausgangslage und Probleme

An Stelle der klassischen Infektionskrankheiten sind in Deutschland neue Risiken und Gefährdungen getreten, welche die Gesundheit und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern zum Teil erheblich beeinträchtigen.

Zu den heute besonders wichtigen Gefährdungen in den ersten Lebensjahren der Kinder zählen:

- Fehlernährung sowie Alkohol- und Nikotinmissbrauch in der Schwangerschaft;
- Erziehungsunsicherheit der Eltern, mangelnde Erziehungskompetenz und inkonsistentes Erziehungsverhalten;
- Regulationsstörungen (exzessives Schreien, Schlaf- und Fütterstörungen) sowie Bindungs- und Beziehungsstörungen, bei einigen Familien verbunden mit seelischer und körperlicher Vernachlässigung und Misshandlung;
- Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensstörungen;
- chronische Erkrankungen (z.B. Neurodermitis, Asthma);
- psychosomatische und umweltmitbedingte Krankheiten (u.a. Allergien und Atemwegserkrankungen);
- Bewegungsmangel und Fehlernährung.

Gemeinsam ist diesen Gefährdungen, dass sie durch ein ungünstiges Zusammenspiel von konstitutionellen Faktoren des Kindes, gesundheitlichem Fehlverhalten, mangelnder Information und unzureichenden Ressourcen der Eltern sowie belastenden Lebensverhältnissen verursacht werden. Es handelt sich um komplexe Erkrankungen, Entwicklungsstörungen

sowie Beziehungs- und Erziehungsprobleme, die gleichermaßen Körper, Seele und soziale Beziehungen beeinträchtigen.

Besonders betroffen sind Kinder, die in Armut aufwachsen, ein bildungsfernes soziales Umfeld haben und in städtischen Ballungszentren leben, sowie Kinder aus Migrantenfamilien, vor allem wenn diese sich einer Integration in die Aufnahmegesellschaft verschließen.

Kennzeichnend ist auch, dass zu entwickelnde Hilfen nicht entlang der traditionellen Berufsgruppen verlaufen. Angehörige medizinischer Berufsgruppen sehen sich zunehmend mit entwicklungspsychologischen, pädagogischen und sozialen Fragen konfrontiert. Von Mitarbeiter(innen) sozialpädagogischer Dienste und Einrichtungen werden mehr und mehr Antworten auf Fragen der körperlichen, seelischen und geistigen Gesundheit eingefordert.

Fachleute und die Gesundheits- und Jugendhilfepolitik haben in den vergangenen Jahren die neuen Herausforderungen mehr und mehr erkannt. An vielen Orten sind Veränderungen zu beobachten und es existieren lokale und regionale Beispiele guter Praxis. Trotz dieser ermutigenden Zeichen besteht jedoch weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf. So sind die Aus-, Fort- und Weiterbildungen der beteiligten Berufe und die Struktur der bestehenden Angebote auf die neuen Herausforderungen noch nicht ausreichend eingestellt. Frühe Hilfen, die auf den engen Zusammenhang von körperlicher, seelischer und geistiger Gesundheit sowie auf die Stärkung elterlicher Kompetenzen und der Eltern-Kind-Bindung zielen, sind zu wenig und nicht flächendeckend vorhanden. Schwangerenvorsorge, ärztliche Vorsorgeuntersuchungen und die Arbeitsfelder der Jugendhilfe und Frühpädagogik sind konzeptionell auf veränderte Präventions- und Interventionsbedarfe nicht ausgerichtet. Frühe Warnzeichen für spätere Störungen werden oft nicht erkannt, hoch belastete Kinder häufig nicht erreicht. Gesundheitsbildung und frühe Förderung finden zu wenig statt. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Disziplinen hängt zu stark von der Initiative Einzelner ab und ist nicht konzeptionell verankert.

Ziel des Kongresses

Ziel des Kongresses ist es, den Bedarf früher Hilfen vor der und rund um die Geburt sowie während der ersten Lebensjahre festzustellen, bestehende Angebote quer zu den Berufsgruppen kritisch zu bilanzieren, Schwachstellen zu identifizieren, Lösungswege aufzuzeigen und gegenüber Fachverbänden und der Politik Vorschläge für ein integriertes Gesamtkonzept früher Prävention zu entwickeln.

Dabei sollen u.a. die folgenden Fragen behandelt werden: Worin bestehen die neuen gesundheitlichen Herausforderungen am Beginn des Lebens in Deutschland? Wie sind diese neuen Risiken und Gefährdungen zu erklären? Gibt es Wechselwirkungen mit Entwicklungen in Familie und Gesellschaft? Welche Hilfen brauchen Kinder und Eltern in der Zeit der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren und welche gibt es bereits? Welche präventiven Strategien sind wirksam? Was können wir von erfolgreichen Modellen der Gesundheitsförderung und Familienbildung lernen? Welche Herausforderungen ergeben sich für die Aus-, Fort- und Weiterbildungen der unterschiedlichen Berufe? Wie können Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort gefördert werden? Wo sind die Kostenträger und die Politik gefordert und welche Rolle kann hierbei der Nationale Aktionsplan „Für eine kindergerechte Welt 2005-2010“ spielen?

Zielgruppen

Angesprochen sind alle, die mit Kindern und für Kinder vor der und rund um die Geburt und in den ersten Lebensjahren tätig sind. Hierzu gehören u.a. die folgenden Gruppen (die weibliche bzw. männliche Form ist jeweils mitgemeint):

- Gynäkologen, Kinder- und Jugendärzte, Kinder- und Jugendpsychiater, Mitarbeiter des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und in Sozialpädiatrischen Zentren
- Hebammen und Kinderkrankenschwestern
- Sozialarbeiter und Sozialpädagogen aus Jugend- und Sozialämtern sowie von freien Trägern
- Psychologen und Therapeuten in Kliniken und in Beratungs- und Frühförderstellen
- Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen
- Vertreter von (Kosten-)Trägern und Verbänden
- Mitarbeiter in Behörden und politisch Verantwortliche